

**LSVD-Auswertung der Wahlprüfsteine
zur Wahl der 22. Hamburgischen Bürgerschaft**

11. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und Pathologisierung von LSBTI fügen Menschen schweren Schaden zu. Psychiatrie und Medizin sowie alle im Gesundheitswesen tätigen Menschen, Organisationen und Institutionen müssen LSBTI* vorurteilsfrei gegenüberreten. Patient*innen und Behandlungssuchende im Gesundheitsbereich befürchten und erleben oft negative Reaktionen, wenn sie ihre sexuelle und/oder geschlechtliche Identität ansprechen müssen. Das beeinträchtigt die gesundheitliche Versorgung. In der Aus- und Fortbildung im Gesundheitswesen sind generell Themenbereiche wie gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Trans*- und Intergeschlechtlichkeit sowie die Auswirkungen von Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit stärker zu berücksichtigen. Eine gelungene HIV-Prävention und die Prävention vor sexuell übertragbaren Infektionen (STI) hängen auch von diskriminierungsfreien Lebensumständen dieser vulnerablen Gruppe ab.*

- 11.1 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?
- 11.2 Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?
- 11.3 Welche Maßnahmen wollen sie unterstützen um die sexuelle Gesundheit von LGBTI* zu fördern?
- 11.4 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

CDU Hamburg

Frage 11.1: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

Antwort:

Bei der Ausbildung von Ärzt*innen, Lehrer*innen, Kranken- und Pflegepersonal muss diese Sicht, LSBTI* Patient*innen vorurteilsfrei gegenüberzutreten, ein fester Bestandteil werden. Nur dadurch lassen sich Vorurteile und Stigmatisierung abbauen.

Frage 11.2: Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Antwort:

Antwort wie bei 11.1

Frage 11.3: Welche Maßnahmen wollen sie unterstützen um die sexuelle Gesundheit von LGBTI* zu fördern?

Antwort:

Der CDU Gesundheitsminister Spahn macht da gute Arbeit. Die ärztliche Versorgung in Hamburg ist gut. Wenn es neue Themen gibt, so wollen wir die möglichen Lösungen mit den Beteiligten besprechen und uns dann im Bundesrat bzw. Bundestag dafür einsetzen.

Frage 11.4: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Antwort:

Die Situation von transgeschlechtliche Menschen ist noch komplizierter. Hier Akzeptanz und Toleranz in der Gesellschaft zu erreichen ist eine besondere Herausforderung. Mit den Experten müssen wir klären, wo und welchen Handlungsbedarf es gibt um Versorgungslücken zu schließen.

Alle weiteren Antworten der CDU Hamburg finden Sie hier:

https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/2020_01_23-antworten-cdu-lsvd-wps-hamburg.pdf

SPD Hamburg

Frage 11.1: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

Antwort:

Auch hier setzen wir auf Aus- und Fortbildung. Uns ist daran gelegen, diese Themen bereits fest in allen Ausbildungscurricula zu verankern.

Frage 11.2: Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Antwort:

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Ausbildungspläne und -inhalte auf dem neuesten Stand sind. Schon jetzt berücksichtigen die verschiedenen Ausbildungen im Gesundheitsbereich die Themen sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt. Soweit es erforderlich ist, hier noch mehr zu differenzieren und weitere Aspekte zu berücksichtigen, sind wir offen für eine Entwicklung der Ausbildungsinhalte, die letztlich auch Bestandteil von Prüfungen sein können.

Frage 11.3: Welche Maßnahmen wollen sie unterstützen um die sexuelle Gesundheit von LGBTI* zu fördern?

Antwort:

Uns ist die bedarfsgerechte, diskriminierungsfreie medizinische und psychosoziale Versorgung aller Menschen ein wichtiges Anliegen. Gerade auch für die besonderen psychischen Belastungen, die LSBTI* treffen können in Folge von Ausgrenzungs- und Diskriminierungs-erfahrungen muss es ein angemessenes Angebot geben.

Hierzu gehört ein problemloser Zugang zu Behandlungs- und Beratungsangeboten genauso wie wirksame Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Die verschiedenen Berufskammern für Gesundheitsberufe und auch die kassenärztliche Vereinigung spielen hierbei eine wichtige Rolle beispielsweise im Bereich der Schulung. Sensibilisierung und Qualifizierung wird auch in Zukunft ein Schlüsselthema sein. Die vorhandenen guten Strukturen im Bereich HIV/AIDS/STI weiter zu stützen und zu stärken bleibt für uns ein wichtiges Anliegen. Insgesamt sind Präventionsarbeit und Gesundheitsförderung für uns eine kontinuierliche Aufgabe. Das schon jetzt vorhandene dichte Präventions- und Hilfesystem werden wir stets den aktuellen Bedürfnissen anpassen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, geschlechtsangleichende Operationen bei intergeschlechtlichen Kindern zu verbieten, es sei denn sie sind medizinisch unaufschiebbar und dienen der Abwehr von Lebensgefahr. Ebenso unterstützen wir das von der Bundesregierung bereits beschlossene Verbot von Konversionstherapien.

Frage 11.4: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Antwort:

Am UKE gibt es die Spezialambulanz für Sexuelle Gesundheit und Transgender-Versorgung. Das ist die größte Ambulanz ihrer Art in Norddeutschland. Dieses Angebot hat unsere volle Unterstützung. Uns ist bewusst, dass es im Bereich der Versorgung transgeschlechtlicher Menschen Verbesserungspotential gibt sowohl im Bereich des Zugangs zu medizinischen Angeboten als auch im Bereich der Beratung beispielsweise von Eltern transgeschlechtlicher Kinder. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine fortschrittliche Form des Transsexuellengesetzes ein, um die Rechte von Transsexuellen besser zu schützen und Diskriminierungen abzubauen. Der im Mai 2019 vorgelegte erste Gesetzentwurf der Bundesregierung wird nun nochmals überarbeitet, nachdem Verbände und Betroffene Kritik geäußert hatten. Wir wollen hier eine Debatte, an deren Ende ein Gesetzentwurf steht, der unserer offenen und aufgeklärten Gesellschaft angemessen ist.

Alle weiteren Antworten der SPD Hamburg finden Sie hier:

https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/lag-lesben-schwule_antworten-spd.pdf

Bündnis 90 / Die Grünen Hamburg

Frage 11.1: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

Antwort:

Mit dem Einrichten eines neuen Hebammenstudienganges haben wir uns dafür eingesetzt, dass auch das Thema „Operationen an Kindern mit Variationen der körperlichen Geschlechtsmerkmale“ in das Curriculum mit aufgenommen wird. Nach der Einrichtung des Hebammenstudiengangs wollen wir in Gesprächen mit der HAW und dem UKE auch dafür sorgen, dass dort die Studienpläne angepasst werden die Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtliche mehr Aufmerksamkeit erfahren.

Frage 11.2: Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Antwort:

Ja. Es wurden bereits Informationen an die Alten- und Pflegeeinrichtungen zum Qualitätssiegel

„Lebensort Vielfalt“ durch die Hamburgische Pflegegesellschaft (HPG) versendet.

Frage 11.3: Welche Maßnahmen wollen sie unterstützen um die sexuelle Gesundheit von LGBTI* zu fördern?

Antwort:

Für die schwule Community bietet Hein & Fiete als „schwuler Checkpoint“ bereits mit Beratung und Tests sehr gute Arbeit in den Fragen der sexuellen Gesundheit. Diese enorm wichtige Arbeit (zum Teil in Kooperation mit CasaBlanca) werden wir weiter unterstützen und in einigen Fragen, die zukünftig mehr Kapazitäten verlangen (wie z.B. PrEP) weiter stärken. Darüber hinaus ist uns die sexuelle Gesundheit aller weiteren Gruppen in der Community sehr wichtig und wir werden Projekte dazu fördern.

Frage 11.4: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Antwort:

Wir fördern bereits die Netzwerkstelle „Selbstbewusst Trans*“ beim mhc (psychosoziale Beratung und Akzeptanzarbeit) und wollen diese weiter stabilisieren. Bei Bedarf müssen diese Beratungsangebote weiter ausgebaut werden.

Alle weiteren Antworten von Bündnis 90 / Die Grünen Hamburg finden Sie hier:

https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/wps_antwort_laglesbenschwule-gruene.pdf

Die Linke Hamburg

Frage 11.1: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

Antwort:

Der Aktionsplan sieht zwar einige sinnvolle Maßnahmen in diesem Bereich vor (Nr. 58 – 61). Allerdings sehen wir hier noch Handlungsbedarf bei der Umsetzung und werden hier weiterhin kritisch und beharrlich begleiten und nachfragen. Wir halten es für sinnvoll, die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen in die Ausbildungs-Curricula der akademischen und nicht-akademischen Gesundheits-Fachkräfte (Medizin, Psychologie, Pflegewissenschaft, Hebammenwissenschaft, aber auch in die generalisierte Pflegeausbildung und die Ausbildungen für therapeutische Berufe wie z.B. Logopädie). Gleichzeitig ist es notwendig, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Fachkräfte im Beruf bereitzustellen. Hierbei ist es zielführender Trans*- und Intergeschlechtlichkeit spezifisch zu behandeln und nicht einfach unter LSBTI*/LSBT*I zu subsumieren. Zudem ist es wünschenswert in den Fortbildungen in erster Linie Fachkräfte einzusetzen, die selbst trans* oder inter* sind.

Frage 11.2: Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Antwort:

Ein kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in der Pflege sollte regulärer Bestandteil der Ausbildungen im Gesundheitsbereich sein (siehe auch 11.1). Als Querschnittsthema sollte eine durchgängige Integration des Themas in geeignete Fortbildungen (z.B. Biographiearbeit) stattfinden und auch als eigenes Schwerpunktthema angeboten werden. Bisher existieren z.B. für Pflegeeinrichtungen und auch Arztpraxen

schon verschiedene Qualitätssiegel, die entsprechende Fortbildungen bei den Beschäftigten voraussetzen, das wollen wir weiter fördern. Der Aktionsplan hält auch hier einige Maßnahmen bereit, die aus unserer Sicht aber mit sehr viel mehr Überzeugung und Tatkraft umgesetzt werden. Auch hier werden wir weiterhin unsere Rolle als Opposition wahrnehmen und kritisch begleiten und nachfragen.

Frage 11.3: Welche Maßnahmen wollen sie unterstützen um die sexuelle Gesundheit von LGBTI* zu fördern?

Antwort:

*Hier sehen wir verschiedene Ansatzpunkte, die (weiterhin) gefördert werden sollten: Angebote der psychosozialen Beratung, der sexuellen Bildung, die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in positiver Weise berücksichtigen, Angebote der Prävention, die die Vielfalt der sexuellen Orientierungen, geschlechtlichen Identitäten und Körperlichkeiten berücksichtigen bzw. für diese Zielgruppen konzipiert sind und die Fortbildung bzw. Sensibilisierung der Behandler*innen (z.B. Gynäkolog*innen oder Urolog*innen). Wichtig ist, die freien Träger in diesem Bereich auskömmlich zu finanzieren. Dazu gehört auch die Ausfinanzierung von Tarifsteigerungen.*

Frage 11.4: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Antwort:

*Wir sehen die Versorgungslücken und -engpässe, Diskriminierungsrisiken und Barrieren in der Gesundheitsversorgung (z.B. bei der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen, in der stationären Psychiatrie, oder den Kostenerstattungsverfahren im Zuge von geschlechtsangleichenden Maßnahmen) als ein ernstes Problem an. Als Oppositionspartei werden wir uns dafür einsetzen, dass die Gesundheitsbehörde zusammen mit den betreffenden Akteur*innen im Gesundheitswesen und den Selbstorganisationen von transgeschlechtlichen Menschen gemeinsam an Lösungen arbeitet. Hier sehen wir beim Senat und den Akteur*innen der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen (z.B. Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigung) leider noch keine ausreichende Initiative. Hier werden wir als Opposition kritisch darauf hinwirken.*

Alle weiteren Antworten von Die Linke Hamburg finden Sie hier:

https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/die-linke_antworten-auf-wahlpruefsteine-der-lag-lesben-und-schwule_final.pdf

FDP Hamburg

Frage 11.1: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

Antwort:

Auch hier sind Information, Weiterbildung Sensibilisierung der richtige Ansatz.

Frage 11.2: Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Antwort:

Ja, dies ist im Lichte der Antwort auf Frage 11.1 zu begrüßen. Die Umsetzung muss im engen Dialog mit den Hochschulen, den Akteuren der beruflichen Bildung und den Praktikern im Gesundheitsbereich erfolgen.

Frage 11.3: Welche Maßnahmen wollen sie unterstützen um die sexuelle Gesundheit von LGBTI* zu fördern?

Antwort:

Die Freie und Hansestadt Hamburg soll analog zu den Regelungen der GKV im Rahmen der Beihilfe für ihre Beamten die Kosten für Medikamente der HIV Präexpositionsprophylaxe (PrEP) erstatten.

Frage 11.4: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Antwort:

Die Krankenkassen sollen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen bei Transsexualität übernehmen. Weiterhin wollen wir das Transsexuellengesetz so weiterentwickeln, dass die Personenstands- und Namensänderung ohne jegliche diskriminierenden Hürden erfolgt.

Alle weiteren Antworten der FDP Hamburg finden Sie hier:

https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/2020_01_13-antworten-fdp-wps-hamburg.pdf

AfD Hamburg

Frage 11.1: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?

Antwort:

Wir gehen davon aus, dass die Erkenntnisse von Biologie und Medizin auf trans- und intergeschlechtliche Menschen genauso anwendbar sind wie auf alle anderen Menschen und das gut geschultes medizinisches Personal die spezifischen Interessen jedes Patienten, und nicht nur die spezifischen Interessen einer einzelnen Gruppe, berücksichtigt. Wir sehen daher keinen Bedarf für derartige Maßnahmen.

Frage 11.2: Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Antwort:

Nein. Wir verweisen insofern auf die Antwort zu Frage 1.1. und halten es nicht für geboten, Gedanken und Empfindungen staatlich zu regulieren und somit sozialen Prozessen, die von Individuen selbst ausgehen müssen, vorzugreifen.

Frage 11.3: Welche Maßnahmen wollen sie unterstützen um die sexuelle Gesundheit von LGBTI* zu fördern?

Antwort:

Wir sind selbstverständlich für eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung über Geschlechtskrankheiten und unterstützen alle Anstrengungen der wissenschaftlichen Forschung, diese zu heilen.

Frage 11.4: Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?

Antwort:

Eine am Gemeinwohl orientierte Gesundheitspolitik begünstigt nicht einzelne gesellschaftliche Gruppen, sondern besteht aus Angeboten, die für alle Bürger gleichermaßen zugänglich und geeignet sind. Sämtliche Maßnahmen, die wir befürworten (z.B. die Verbesserung der Krankenhaushygiene, um nur ein Beispiel zu nennen), nützen deshalb jedem Bürger und damit auch transgeschlechtlichen Menschen.

Alle weiteren Antworten der AfD Hamburg finden Sie hier:

<https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/2019-antwort-afd-hamburg-wps-lsvd.pdf>